

<b>Zeitschrift:</b>	Curaviva : Fachzeitschrift
<b>Herausgeber:</b>	Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
<b>Band:</b>	84 (2013)
<b>Heft:</b>	1: Die Seele im Alter : Umgang mit Verlust und Trauer
<b>Rubrik:</b>	Lohrs Legislatur : "Endlich hat das Parlament die sozialpolitische Bedeutung der IV-Revision 6b erkannt"

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## «Endlich hat das Parlament die sozialpolitische Bedeutung der IV-Revision 6b erkannt»

Das Thema erwies sich von Anfang an als sehr heikel. Ein dreiviertel Jahr benötigte die nationalrätliche Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK), um die Vorlage zur Revision 6b der Invalidenversicherung vorzubereiten. Nach Dutzenden von Expertenberichten und ebenso vielen behandelten Änderungsanträgen verabschiedete die Kommission Vorschläge zu Handen des Parlaments, die im Vergleich mit den Versionen des Bundes- und Ständerats noch um einiges härter für die Betroffenen ausfielen. In der klaren Absicht, die IV schnell und kompromisslos zu sanieren, wählte die Mehrheit der SGK eine Vorgehensweise, in der ausschliesslich die finanzpolitischen Überlegungen Platz fanden.

Persönlich konnte ich nicht mittragen, wie sich Teile des Nationalrats der Diskussion über die Wirkungen der beabsichtigten Rentenkürzungen einfach verschliessen wollten. Auch ich stehe zu 100 Prozent hinter der Notwendigkeit von Kostenreduktionen bei diesem äusserst wichtigen Sozialwerk. Der nächste beabsichtigte Weg, diese Sparübung auf dem Rücken von Schwerstbehinderten und Familien mit Kindern zu bewerkstelligen, fand im Nationalrat schliesslich aber keine Mehrheit. Die Medien bezeichneten diesen Zwischenstopp als eine «faustdicke Überraschung». Als dessen Initiant glaube ich aber vielmehr, dass jetzt endlich auch das Parlament die sozialpolitische Bedeutung der IV-Revision 6b erkannt hat.

### Kaum Chancen auf einen Arbeitsplatz

Wer zu wenig sozialverträglichen Schritten bereit ist, muss sich zwingend mit den Lebensumständen der Menschen auseinandersetzen, die eine immer kleinere Rente bekommen. Dies nicht zu tun, erachte ich als verantwortungslos und unwürdig. Der Wegfall eines Teils der ohnehin schon bescheidenen Renteneinkünfte können diese benachteiligten Menschen auch mit viel eigenem Einsatz nicht kompensieren. So wie es auch der Realität entspricht, dass Menschen mit einem starken Handicap kaum Chancen haben, auch nur eine Teilzeit-Arbeitsstelle zu bekommen. «Eingliederung vor Rente»: Dieser Grundsatz der IV ist für mich unbestritten der richtige. Er muss allerdings umsetzbar sein.

Was ist politisch falsch gelaufen, dass auf einmal ein Prozess ins Stocken gerät, der doch im Voraus so klar schien. Meiner Ansicht nach sollten Politikerinnen und Politiker aus dieser Wintersession lernen, dass es gesellschaftspolitisch Grenzen gibt, die sie nicht überschreiten dürfen. Dazu gehört, Menschen mit einer Behinderung nicht nur als Kostenfälle zu betrachten, die Statistiken füllen und diese aus finanzpolitischer Sicht negativ beeinflussen. Diese Betrachtungsweise



**«Wir brauchen dringend ein Konzept für eine umfassende Behindertenpolitik.»**

Christian Lohr, Nationalrat

gilt es weiterzuentwickeln in dem Sinn, dass wir die – eigentlich selbstverständliche – Gleichwertigkeit der Mitmenschen mit Beeinträchtigungen anerkennen.

Konkret bedeutet diese Überlegung, dass wir gerade auch in der Schweiz dringend ein Konzept für eine umfassende Behindertenpolitik brauchen. Darin gilt es die Grundsätze festzulegen, wie die Menschen mit einem Handicap bei ihrer Integration zu unterstützen, zu fördern und zu begleiten sind. Die wichtigsten Themen, welche die Politik klar aufzuführen muss: Mobilität, Aus- und Weiterbildung, Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, Sicherstellung von selbstbestimmten Lebensformen, Sport und kulturelle Teilhabe.

Natürlich gab es in der Wintersession im alten Jahr noch weitere Geschäfte von Bedeutung. Nennen möchte ich die beiden Volksinitiativen, die auch das Gesamtwohl im Blick hatten. Deshalb habe ich mich sowohl zum Geschäft «Wahl des Bundesrats durch das Volk» als auch zur «Abschaffung der Wehrpflicht» vor das Rednerpult gerollt. In beiden Fällen sprach ich mich für

ein Nein aus. Mir widerstrebt es, das demokratisch gewählte Parlament zu entmündigen und von der wichtigen Aufgabe zu entbinden, die Regierung zu bestimmen. Ich nehme die Verpflichtung als Volksvertreter, ausgestattet mit den notwendigen Informationen, sehr ernst und beteilige mich nicht an unnötigen politischen Machtspielchen. Mein Bekenntnis zum Milizsystem der Schweizer Armee kommt auch daher, dass ich mich um die Solidarität sorge, sollte das Heer auf freiwilligen Einsätzen beruht. ●

### **«Der Grundsatz «Eingliederung vor Rente» ist richtig. Er muss aber auch umsetzbar sein.»**

**Der Autor:** Christian Lohr, CVP-Nationalrat und Journalist aus dem Kanton Thurgau, zieht in der Kolumne «Lohrs Legislatur» nach jeder Session für die Fachzeitschrift Curaviva Bilanz. Lohr ist der einzige Rollstuhlfahrer im eidgenössischen Parlament.